

Hamburgischer Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder



Nr. 31

Das Blatt erscheint jeden Sonntag.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Altenwall-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 5244.

Hamburg, den 2. August 1919

Anzeigen kosten die schmalgespaltene Non-
parillzeile oder deren Raum 50 Pf. (Der
Betrag ist stets vorher einzufenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

33. Jahrg.

Zur fünften Bewegung für eine Lohnzulage im Malergewerbe.

Weniger als bei den ersten vier Bewegungen für Lohnzulagen im Malergewerbe waren die Verhandlungen um die am 18. Juli durch Schiedsgerichtsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium beantragte, worüber wir in Nr. 30 des „Hamburgischen Anzeigers“ bereits kurz berichteten. — Das hatte verschiedene Gründe.

Die große Mehrheit der Arbeitgeber hat ihre in den ersten Zeiten des Krieges bekundete Ansicht, daß durch die angemessene Steigerung der Arbeitslöhne weder für sie noch für das Gewerbe ein Nachteil entstehe, nach und nach revidiert. Neuerdings ist es, von Ausnahmen abgesehen, schon wieder üblich geworden, wegen einiger Pfennige die Löhne mehr zu markieren und zu feilschen. Hat man in dieser Weise gegen eine größere Lohnausgabe angelämpft, so glaubt man sich einen ganz besonderen Dienst erwiesen zu haben; wenn aber Leinöl, Terpentinlack, Lack, Krebse, usw. viel erheblicher im Preise steigen, so nimmt man das als unabhängig hin und sieht darin höchstens ein Argument mehr gegen Lohn-erhöhungen.

Als weiterer Grund für den verstärkten Widerstand hat zu gelten der schwache Bestand des Arbeitgeber-Hauptverbandes: die Sorge um dessen Zerfall. Die Feindschaft aus organisatorischen Gründen erzwungene zentrale Verhandlungen sind für sich selbst den leitenden Personen des Arbeitgeberverbandes von ihrer schlechten Seite. Es läßt sich nicht umgehen, daß bei dieser Praxis der Lohnfestsetzung die örtlichen Verhandlungsstellen und einzelne Mitglieder fast völlig ausgeschaltet werden und also nicht den lebendigen Eindruck von den bei den Verhandlungen zu überwindenden Schwierigkeiten und den entgegenstehenden Kräften erhalten. Ist dann das Ergebnis immer wieder — und das konnte besonders in den letzten Jahren naturgemäß gar nicht anders sein — eine neue Lohnhöhung, die noch dazu von dem in manchen Gegenden des Reiches nicht gut angeordneten **W e r l i n** aus „diktiert“ wird, so gibt es Mißstimmung und ungerechtfertigte Vorwürfe, die leicht zu allgemeiner Organisationsverdrossenheit und zu Abfallbestrebungen größerer Organisationsgebiete führen können. Darauf sind die im Gefolge des Arbeitgeberverbandes eingetragenen Dezentralisationsbewegungen, der andauernde Abfall Rheinland-Westfalens, die Loslösung Schwaben-Deutschlands und Württembergs vom früheren Gau Süddeutschland und der Zerfall des bisherigen Gewerbandes Mitteldeutschland in 3 Bezirksverbände, von denen der des Freistaates Sachsen nur noch in recht loser Verbindung mit dem Hauptverbande steht, zum großen Teil mit zurückzuführen. Auch die Gründung von 8 neuen Verbandszeitungen während des Krieges zeugt nicht gerade von einem festeren Zusammenschluß. Kommt hinzu, daß der einzelne Arbeitgeber überhaupt nicht in engerer Verbindung mit ihrer Zentralorganisation stehen und unmittelbar keine materiellen Vorteile von dieser hat, ähnlich wie die Gehilfen solche von ihrer Organisation durch die hier bestehenden Unterstützungseinrichtungen haben, so erscheint tatsächlich die Gefahr nicht gering, daß die an früheren Verhältnissen gemessenen recht erheblichen Lohnzulagen, wenngleich sie auch noch keinen Ausgleich für die bestehende Leuerung bilden, eine zu starke Belastungsprobe für den Arbeitgeberverband sind.

Deshalb hörten wir seit einiger Zeit bei den Verhandlungen immer wieder, daß man nicht mehr in der Lage sei, die an sich notwendigen Lohnhöhungen allgemein durchzusetzen, daß wohl kaum nochmals zentral verhandelt werden könne, daß der Reichstarifvertrag ernstlich in Gefahr sei usw. Und in der Tat zeigte sich auch bei den letzten Bewegungen, daß sich Süddeutschland gar nicht mehr vertreten ließ, wie immer deutlicher ersichtlich wird: aus Selbstständigkeitsbetrübungen und aus Abneigung gegen die von Berlin ausgehende Lohnpolitik, die man allerdings früher gerade von jener Seite aus entschieden gefördert hat.

Ein weiterer — und zwar der hauptsächlichste — Grund für die Stagnation der Verhandlungen war die Kombination

von zentralen und örtlichen Verhandlungen. Wir hatten schon seit 1917 darauf gedrungen, daß über die zentral vereinbarten Lohnsätze hinaus in einzelnen Lohngebieten nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse oder, wenn hier in andern gleichartigen Berufen höhere Löhne gezahlt werden, entsprechend mehr festgesetzt werden müsse. Da die Arbeitgeber dies jedoch meist nur sehr platonisch aufnahmen, lehnten sie gewöhnlich alle von unsern örtlichen Verbänden erhobenen weitergehenden Ansprüche einfach ab, wogegen es dann rechtlich kein Mittel gab.

Inzwischen wurde die Willkür in der Höhe der Lohnverhältnisse der verschiedenen Orte untereinander immer größer und jede neue Zulage verschlimmerte die bestehenden Zustände. Großstädte mit starker Industrie rangierten hinter Mittelorten mit billigeren Lebensverhältnissen und während wir mehrfach mit den übrigen Bauarbeitern gleich oder ihnen doch nahe standen, waren an andern Stellen wieder Spannungen von 10 % bis 50 % und noch mehr für die Stunde vorhanden. Unsere Kollegen erklärten aber auch ganz spontan und kategorisch, nicht mehr unter dem Lohn der übrigen Bauarbeiter arbeiten zu wollen. Sie erblickten eine unerhörte Zumutung darin, als gelehrte Leute, an die entweder große körperliche oder höhere geistige Ansprüche gestellt werden, unter dem minderwertigen Handlanger entlohnt zu werden. Natürlich ist dies auch ganz unsere Meinung, der entgegenzutreten wir weder Grund noch Neigung haben, so sehr wir auch eine ins Gewicht fallende Vorbildigung der Lebenshaltung den andererseits notwendigen Lohnsteigerungen vorziehen würden.

Um die Löhne mehr den örtlichen Verhältnissen anzupassen und um den Schwierigkeiten entgegenzuwirken, die, wie oben auseinandergesetzt, sich aus der rein zentralen Verhandlungsart — am meisten für die Arbeitgeberorganisation — ergeben, forderten wir bei den letzten zentralen Verhandlungen am 29. April wiederum, auch auf die Gefahr hin, daß hierdurch die Bewegung sich länger hinziehen würde, für Orte besonderen Charakters eine höhere Zulage und schlugen vor, daß im Falle der Nichtverständigung die örtlichen Schlichtungsstellen anzurufen seien. Das lehnten die Arbeitgeber ganz entschieden ab. Darauf einigte man sich, daß erstens ausgesprochen werde, daß die zentral festgelegten Sätze „durch Vereinbarung der örtlichen Verbände unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse überschritten werden“ können und ferner, daß im Falle der Nichtverständigung bis 20. Mai „die bestehenden Differenzen durch Vertreter der vertragschließenden Parteien unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums zu erledigen“ seien.

Auf Grund dieser Vereinbarung erhoben unsere Kollegen dann in einer größeren Anzahl Lohngebiete höhere Ansprüche, worüber eine Einigung nur in einer geringeren Anzahl der Fälle zustande kam. Ueber 68 Orte beantragten wir eine Entscheidung beim Reichsarbeitsministerium. In der Verhandlung hierüber, am 2. und 3. Juni, machte schließlich der Verhandlungsleiter auf Ersuchen der beiderseitigen Parteien Vorschläge, die dann von den Arbeitgebern in 23, von den Gehilfen in 9 Fällen abgelehnt wurden.

Diese Differenzen waren nur noch durch ein Schiedsgericht zu erledigen, das nach Verständigung der Vertragsparteien am 18. Juli im Reichsarbeitsministerium tagte. Die Verhandlungen vor dieser Körperschaft gestalteten sich wider Erwarten mehrfach recht bewegt. Von unserer Seite waren außer Kollegen **Streine** nur die Kollegen **Jakobeit**, **Buch**, **Böher**, vom christlichen Verband Kollege **Bräuer** und von den Arbeitgebern außer dem geschäftsführenden Vorstand des Arbeitgeberverbandes je ein Vertreter von **Halle**, **Magdeburg** und **Potsdam** und ferner zwei Vertreter des Bundes deutscher Dekorationsmaler zugegen.

Dem Verlangen des Herrn **Kruse**, daß nur über die Orte verhandelt werde, von denen Vertreter zugegen seien, wurde vom Kollegen **Streine**, der die Gehilfenschaft außerhalb des Schiedsgerichts vertrat, scharf entgegengesetzt und in diesem Falle gefordert, daß die dann ausfallenden

Orte uns freigegeben würden, damit der jutage tretenden Obstruktion verschiedener Arbeitgeberkreise entgegengetreten und durch Anwendung geeigneter Zwangsmittel dem unhaltbaren Zustand ein Ende gemacht werden könnte, daß unsere Kollegen mit ihren Löhnen vielfach hinter andern Berufsarbeitern zurückstehen.

Auch dem Bestreben, von den Wulffschen Vorschlägen, die schon ein Kompromiß darstellten, nochmals etwas abhandeln zu wollen, das anfangs auch vom Vorsitzenden unterstützt wurde, wurde energisch entgegengetreten. Natürlich fehlte auch der Hinweis auf die im Sinken begriffenen Lebensmittelpreise und den danach bald notwendig werdenden Abbau der Löhne nicht, während bald notwendig besonders des Lebensmittelpreises als ganz belanglos hingestellt wurde, weil fast nur **Beimfarbenarbeiten** ausgeführt würden. — Es braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden, daß wir die Erwartungen auf den baldigen Abbau der Löhne mit dem Hinweis zu dämpfen und verpflichtet fühlten, daß nicht etwa die Vorbildigung der Lebensmittel durch andere höhere Ausgaben unwirksam werden darf, daß ferner unsere Kollegen zunächst erst einmal in die Lage kommen müßten, sich wieder mehr Lebensmittel als seither zuzuführen, daß sie vorerst auch viele Anschaffungen an Kleidern, Wäsche usw. notwendig hätten und daß der Abbau in andern Berufen mit höheren Löhnen solange vorausgehen habe, bis diese mit den Löhnen im Malergewerbe zum mindesten gleichkommen.

Im übrigen wurde unter anderem noch hervorgehoben, daß in mehreren Städten die Arbeitgeber die Wulffschen Vorschläge als zu niedrig anerkannten und sie inzwischen freiwillig erhöhten, weil sie es als unhaltbar empfanden, daß ihre Gehilfen weniger verdienten als ein Maurer, Dachdecker usw.

Nachdem dann die Vorschläge für die einzelnen Lohngebiete durchgesprochen waren, zog sich das Schiedsgericht zu gesonderten Beratungen zurück und kam zu folgendem Schiedsspruch:

Das zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten im Malergewerbe zusammengetretene Schiedsgericht hat in der Sitzung im Reichsarbeitsministerium am 18. Juli 1919, an der teilgenommen haben: **Dr. Weigert**, Minister im Reichsarbeitsministerium, als Vorsitzender; **H. Fiedler**, Baumeister, Zehlendorf, **G. Hennig**, Amtsmaurermeister, Berlin, als Arbeitgeberbeisitzer; **Kruse**, Malermeister, Berlin, als beiratendes Mitglied der Arbeitgeber; **Otto Lehmann**, Bezirksleiter, Berlin, **Otto Ortman**, als Arbeitnehmerbeisitzer; **L. Jakob**, Bezirksleiter, Berlin, als beiratendes Mitglied der Arbeitnehmer, folgenden Schiedsspruch abgegeben:

Den Gehilfen im Malergewerbe sind in den nachstehend genannten Lohngebieten, und zwar mit Rückwirkung vom 1. Juli 1919, folgende Stundenlöhne zu zahlen: **Augsburg**: M. 1,95 für Gehilfen über 20 Jahre, M. 1,85 für Gehilfen unter 20 Jahren; **Hamburg** 1,80 und 1,70, **Bayreuth** 1,80 und 1,70, **Hof** 1,80 und 1,70, **Ingolstadt** 1,80 und 1,70, **Ludwigshafen** 1,80 und 1,70, **Schweinfurt** 1,80 und 1,70, **Würzburg** 1,80 und 1,70, **Dreslau** 2 und 1,90, **Liegnitz** 1,80 und 1,70, **Waldenburg** 1,80 und 1,70, **Rönigsberg** 2,10 und 2 (für die Dauer des Tarifvertrages entgegen der weitergehenden Forderung), **Graudenz** 1,75 und 1,65, **Halle** 2 und 1,90, **Magdeburg** 2 und 1,90, **Berlin** 2,50 und 2,40, **Potsdam** 2,30 und 2,20, **Rathenow** 2,10 und 2, **Sandberg** 1,85 und 1,75, **Arendsee** 2 und 1,90, **Brunshaupten** 2 und 1,90, **Schwerin** 2 und 1,90, **Fehle** 2 und 1,90, **Bremen** 2,30 und 2,20, **Wegesal** 2,05 und 1,95, **Stettin** 2,10 und 2, **Göttingen** 1,80 und 1,70.

Das Schiedsgericht empfiehlt, im Lohngebiet **Friedberg** einen Stundenlohn von M. 2 für Gehilfen über 20 Jahre und M. 1,90 für solche unter 20 Jahren zu zahlen und ferner, den **Ort Gesehacht** in das Hamburger Lohngebiet einzubeziehen. Berlin, den 18. Juli 1919. (Unterschriften.)

Wir haben nochmals besonders hervor, daß in allen Orten, die hier nicht genannt sind, für die aber am 3. Juni Herr Landgerichtsrat **Wulff** Vorschläge machte, diese Vorschläge nunmehr gelten. Für diese Orte lag keine Meldung der Arbeitgeber an ihre Zentralorganisation über etwa erfolgte Ablehnung vor. Daher wurden sie vom Schiedsgericht als nicht mehr strittig erklärt.

Lohnbewegungen und Streiks.

Die nach Bekanntwerden der am 15. Juli mit dem Bauern- und Metzgerverband getroffenen Vereinbarung, bei der es trotz energischer Vorstößen der Gehilfenvertreter nicht möglich gewesen war, für Coblenz und Duffeldorf einen höheren Lohn festzusetzen als im übrigen Rheingebiet und Pfalz, gleich dem im Baugewerbe bestehenden, kam es hier ganz spontan zu einer Arbeitsniederlegung in 4 Werkstätten. Eine danach stattgefundene Versammlung, in der über das Verhandlungsergebnis (vergleiche Nr. 50 des „Betriebs-Anzeiger“) berichtet wurde, beschloß, ohne erst die Sitzung des bereits einberufenen Schlichtungsausschusses abzuwarten, den allgemeinen Streik. In diesem beteiligten sich 475 Mitglieder unserer und 80 Mitglieder des christlichen Verbandes. Nach einigen Tagen arbeiteten bereits 507 Kollegen zu einem 20 % höheren Lohn. Die Forderung betrug 10 % mehr als gemäß vereinbart, also M. 2,40 und M. 2,50 für Gehilfen unter 20 Jahren, erklärte aber, sich auch einem Schlichtungsausschuss zu stellen, falls man sich für einen Schlichtungsausschuss fügen zu wollen. Dieser entschied, daß für Gehilfen über 20 Jahre M. 2,50 (also 20 % mehr als mit dem rheinischen Verbands vereinbart) und für Gehilfen unter 20 Jahren M. 2,50 (10 % mehr) zu zahlen sind. Damit stehen unsere Kollegen mit dem Baugewerbe gleich. Der Schlichtungsbescheid wurde von beiden Parteien angenommen, so daß am 25. Juli die Arbeit wieder aufgenommen worden ist.

Wie wir hören, haben in Düren die Arbeitgeber die allgemeinen Vereinbarungen abgelehnt.

Aus unserem Beruf.

Oberschlesischer Industriebezirk. Durch die Revolution hatte sich auch für die hiesigen Kollegen die Unruhe und Notwendigkeit geltend gemacht, durch Anschluß an unsere Organisation und deren Ausbau dem Geist der Zeit Rechnung zu tragen, um unsere Existenzmöglichkeiten, unsere Löhne auf eine der Lebenshaltung einigermaßen anpassende Basis zu bringen. Hatte doch unser Verband während des Krieges schwer gelitten. Fast sämtliche Verbandsfunktionäre waren einberufen und Kräfte, welche die Organisationsarbeit weiterführen konnten, waren nicht vorhanden, so daß alle Zahlstellen bis auf Rattowitz, die einige Mitglieder durchbrachte, eingingen und langjährige Mitglieder durch ihre Sauberkeit ihre Rechte einbüßten. Es mußte nun erst überall zur Gründung neuer Zahlstellen geschritten werden. Die bis Frühjahr stark vorherrschende Arbeitslosigkeit erschwerte vorläufig die Agitation. Löhne wurden ganz nach Willkür gezahlt. Eine von Rattowitz gestellte Lohnforderung, die sich infolge der schlechten Organisationsverhältnisse in die Länge zog, konnte aber doch unter Mitwirkung des Kollegen Jachobitz dahingehend beendet werden, daß für die ober-schlesische Gehilfenschaft ein Stundenlohn von M. 1,85 für Ältere und M. 1,70 für jüngere Kollegen festgelegt wurde.

Es war ein Erfolg, der uns befriedigen konnte, waren wir doch mit unsern Löhnen jetzt wieder andern deutschen Städten voraus; es wurde auf Grund des Reichsarbeits- und Unrechenschaft ein Mehr von 40 % pro Stunde errungen. Da aber die Organisationsverhältnisse eben immer noch im Unklaren lagen, wurden vom Unternehmertum der Einführung des Tarifes die größten Schwierigkeiten gemacht. Seitens der Innung wurde sogar offen zum Vertragsbruch aufgefordert mit dem Hinweis, daß der Tarif ungültig sei, indem 40 % pro Stunde zuviel gezahlt würden. Nach Auflösung der Filiale Rattowitz ist der ganze Industriebezirk in sechs Filialen eingeteilt worden, was aus verwaltungsrechtlichen Gründen wohl kein Fortschritt war, aber es trat doch eine Besserung des ganzen Verbandslebens ein. Die Agitationskommission für den ober-schlesischen Bezirk ging zunächst daran, den Tarifabmachungen den nötigen Nachdruck zu verleihen; es mußte zu den verschiedensten Mitteln gegriffen werden, um den Herren die Rechtsverbindlichkeit solcher Vereinbarungen beizubringen: die Filiale Rattowitz hatte aber den Karren ganze zwei Monate allein laufen lassen. Es gibt noch einige Werkstätten, die den Tarif bis heute nicht einhalten, Schuld tragen die Kollegen selbst, es sind eben solche Firmen, die Gehilfen nach Bedarf einstellen, und hauptsächlich solche, die alles andere, nur nicht den Weg zur Organisation finden. Bemerkenswert ist, daß vor einigen Tagen einige Urteile gefällt worden sind, die wohl sicherlich die Unternehmer überzeugen haben, daß man Vereinbarungen auch halten muß.

Nach dem Abschluß des zweiten Quartals können wir wohl sagen, daß sich fast alle Kollegen in unsern Reihen gescharrt haben, bis auf die vorstehend aufgeführten, denen wohl der bewilligte Stundenlohn zu hoch ist. Die vorhandenen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Fachabteilung schlossen sich überall uns an, ihre Interessen wurden eben nur bei uns wirksam vertreten.

Ist der Mitgliederstand ein guter zu nennen, kann man dieses von den Rahmenverhältnissen noch nicht sagen; einige Orte haben eine gute durchgehende Einstellung eingeführt, in andern Orten steht als ständiger Punkt auf jeder Tagesordnung „Wahl von Hauskassierern“. Das muß anders werden; man soll nicht alles der Verwaltung überlassen, jeder einzelne Kollege muß jetzt mitarbeiten. Wir in Dürenburg haben sozusagen keine Hauskassierer und doch gibt es keine registrierten Beiträge; wir ziehen durch die Vertrauensleute die Bücher regelmäßig vor jeder Versammlung ein und bei der Versammlung nimmt sie jeder Kollege in Empfang, wir haben dadurch dauernd eine Kontrolle, die Beiträge werden pünktlich bezahlt, einige Neben Wochen im voraus, die Verbandsleitung hat einfache Arbeit und es wird ein guter Versammlungsbesuch garantiert; wir haben noch nie weniger als 60 % der Mitglieder als Besucher gehabt, ja in einigen Versammlungen waren 90 % anwesend.

Man soll den Verbandsfunktionären ihre Arbeit erleichtern, die doch fast alle sich erst einarbeiten müssen.

Durch die zentralen Verhandlungen vom 29. April waren wir außer Kurs gesetzt, da wir 40 % pro Stunde mehr erhielten, mithin nichts zu verlangen hatten und wir uns unglücklicherweise durch den Passus gebunden hatten, daß unser Tarif nur auf Grund von Verhandlungen im gesamten Baugewerbe geändert werden kann. Es wurde aber trotzdem der Versuch gemacht, etwas für die Kollegen herauszubolen. Wir sind am 18. Juli zum Abschluß einer neuen Steuerungsulage von 35 % pro St. gekommen mit der Klausel, daß

am 1. September wiederum Verhandlungen stattfinden müssen, ob die Notwendigkeit der Weiterzahlung der Steuerungsulage besteht, und unter dieser Bedingung konnten wir zu einem Endresultat kommen.

Wenn nun einige Kollegen nicht befriedigt sein werden, so möchte ich auf das eben angeführte hinweisen, zu fordern halten wir nicht und wenn wir etwas erreicht haben, was uns vielen anderen Orten Deutschlands voraus bringt, so liegt die Sache eben so, daß unser Verband ein Machtfaktor geworden ist, daß alle die Kollegen mehr denn je die Pflicht haben, durch zielbewusste Mitarbeit, durch pünktliche Beitragsleistung, durch regen Versammlungsbesuch, durch Heranziehen der letzten Unorganisierten ein Verhältnis zu schaffen, das uns in die Lage versetzt, gerüstet und gewappnet bis zum letzten Mann Oberhaupts den dunklen Zukunft mit ruhigem Mut entgegenzusehen. C. L.

Frankfurt a. M. In der Mitgliederversammlung am 16. Juli nahmen die Kollegen den Bericht ihrer Delegierten über die Generalversammlung in Würzburg entgegen. Kollege Stroh, Genua, als erster Berichterstatter erwähnte die regere Anteilnahme der Würzburger Arbeiterklasse und der ausländischen Bruderorganisationen an der Tagung und beschloß sich dann mit dem Reichsverband der Bauarbeiter und des Bauhandwerks sowie dem Reichsverband der Bauarbeiter und des Bauhandwerks. Er glaubte eine gewisse Schuld des Vorstandes feststellen zu können und bedauerte die Ablehnung der Berliner Anträge. Kollege Saw, Offenbach, berichtete über die zutage tretenden Gegensätze. Mit dem Referat des Kollegen Straube sowie mit den ausgearbeiteten Richtlinien für die zukünftige Haltung und Arbeit des Verbandes war er einverstanden. Auch die Stellung des Vorstandes zur Mitbestimmung habe ihn befriedigt. Als letzter Berichterstatter erläuterte Kollege Kutz die neuen Bestimmungen für unser Statut. Besonders hob er hervor die Verbesserung des Ausschussverfahrens, das Wirken von Jugendabteilungen und die neuen Sätze der verschiedenen Unterhaltungsleistungen, die besonders des gesunkenen Geldwertes wegen notwendig waren, aber selbstverständlich auch eine Erhöhung der Beiträge nicht umgehen ließen. Er glaubte, daß trotz aller Gegensätze doch gute Arbeit geleistet worden sei. In der Diskussion trat Kollege Schüttig für den Ausbau der Unterhaltungsleistungen und die Besetzung der Verbände ein. Kollege Zimmermann ist wohl für letzteres, warnte aber davor, die Sache künstlich zu forcieren. Die diesmalige Verbandsversammlung sei ein kleiner Parteitag gewesen, aber es könne festgestellt werden, daß sich die Mehrheit der Kollegen noch den gesunden Sinn für die Wirklichkeit bewahrt hätten und auf dem Boden der realen Tatsachen stehen. Die Frage der Miete sei ständig im Fluß und ein Festlegen nicht zu empfehlen. Für uns heiße es jetzt, nach den neugeschaffenen Richtlinien euerig zu arbeiten. Seine Ausführungen wurden noch von 2 weiteren Rednern unterstrichen. Folgende Entschließung wurde gegen eine Stimme angenommen: „Die am 16. Juli im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M. tagende Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Würzburger Generalversammlung voll einverstanden. Die Versammelten erklären sich bereit, mit aller Kraft für die Durchföhrung der Beschlüsse und die weitere Stärkung des Verbandes einzutreten.“

Friedberg in Hessen. Am 18. Juli fand eine Mitgliederversammlung der Filiale statt, in der Kollege Zimmermann über die Generalversammlung in Würzburg berichtete. Seine erläuterten Darlegungen über die einzelnen Fragen, die auf der Generalversammlung Gegenstand eingehender Erörterung waren, wurden von den Anwesenden mit sichtlichem Interesse verfolgt. Die Kollegen waren mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden und hielten die beschlossene Beitragserhöhung für eine dringende Notwendigkeit, um den Verband aktionsfähig zu gestalten. Neben dem Stand der Lohnerhöhung berichtete ebenfalls Kollege Zimmermann. Die Arbeiterverbandversammlung sei der Vereinbarungen der Kommission, wonach der Lohn vom 15. Juni an M. 2 die Stunde betragen soll, nicht beigetreten, jedoch sei die Mitteilung der Arbeitgeber so spät erfolgt, daß am 2. Juni bei den zentralen Verhandlungen über Friedberg a. d. Rauheim nicht verhandelt werden konnte. Dem nunmehr am Reichsarbeitsamt zusammen tretenden Schiedsgericht sei die fröhlige Frage zur Entscheidung unterbreitet. Die Versammlung verurteilte das Verhalten der Arbeitgeber scharf und brachte zum Ausdruck, daß sie mit dem jetzigen Lohn von M. 1,70 unter keinen Umständen einverstanden sei. Ferner wurde in der Versammlung mitgeteilt, daß einzelne Arbeitgeber den Lohn von M. 1,70 erst vom 28. Mai an zur Auszahlung brachten, anstatt wie vereinbart vom 15. Mai an. Die Versammlung beschloß, den Bezirksleiter zu beauftragen, daß er die Nachzahlung des Lohnes vom 15. Mai an beim Arbeitgeberverband geltend macht. Ganz besonders ungehalten war die Versammlung darüber, daß die Arbeitgeber bereits 2 Mitglieder der Verhandlungskommission entlassen haben, angeblich wegen Arbeitsmangels. Allgemein kam zum Ausdruck, daß wohl andere Motive dabei maßgebend gewesen sein sollen. Das Verhalten der Arbeitgeber zeigt im allgemeinen, daß die Kollegen nur durch geschlossenes Handeln und Einigkeit diesen rückständigen Maßnahmen der Arbeitgeber entgegenwirken können und ihnen stets die Macht der Organisation entgegenstellen, wenn die Arbeitgeber kein den jetzigen Zeiten entsprechendes Verständnis zeigen.

Oberstein a. d. Nahe. Nachdem die hiesige Filiale bei Ausbruch des Krieges infolge Einberufung der Mitglieder eingegangen war, machte sich bald nach Rückkehr derselben der Wunsch geltend, die Filiale wieder neu zu errichten. Kurz, nachdem dies geschehen, traten wir am 18. Juni dieses Jahres an die hiesigen Meister zur Abschließung eines Tarifes heran, was auch gelang. Der Tarif trat sofort in Kraft. Im Lohn wurde festgelegt für Kollegen über 20 Jahre M. 1,50, unter 20 Jahre M. 1 die Stunde, jedoch nach Leistung mehr. Für Ueberstunden, sowie für Nacht- und Sonntagsarbeit wurden 25 % respektive 50 % Aufschlag festgelegt. Ausdröcklich wurde in dem Tarif noch bemerkt, daß er nur für organisierte Gehilfen Gültigkeit habe. Der Mehrverdienst pro Woche beträgt M. 12. Als bedauerlich muß der sehr mangelhafte Besuch der Versammlungen bezeichnet werden. Im Interesse unserer Sache ist ein regelmäßiges Erscheinen unabdingbar erforderlich, denn unser Bestreben muß jetzt darauf gerichtet sein, daß kein Berufs-kollege mehr außerhalb unseres Verbandes steht.

Eingefandt.

Endendorff oder Spartakus?

Unter der Ueberschrift „Konterrevolution“ schildert und der Kollege Stupin im „Betriebs-Anzeiger“ in bewegten Worten die Gefahr, die der Revolution durch den „neuen Militarismus“ drohe. Aus der modernen Arbeiterbewegung hervorgegangene Leute spielten die Helfershelfer der Freiheit, die uns vom Osten nahen wolle. Nun hätten die Arbeiter nur noch zu wählen zwischen Endendorff oder Spartakus.

Endendorff oder Spartakus! Das ist wohl der neue Kampf der Jener, die uns schon nette Proben von „ihrer“ Freiheit gegeben haben. Es sind die Totengräber der Freiheit, die die alte Forderung der Arbeiter auf Demokratie, den Meibelschwillen, jetzt verlängern. Wer hätte das früher geahnt, daß Arbeiter noch einmal die fundamentalsten Forderungen des Proletariats abstreifen würden wie ein altes Hemd? Es ist ja sehr traurig, daß die Regierung jetzt mit Wassergewalt die alten Ideale der Arbeiter schützen muß, schützen muß gegen die Bedrohungen von links. Es wird noch die Zeit kommen, wo das Proletariat auf den Bruderkampf verzichten muß, um die Reaktion abzuwehren. Jahrelang haben die Arbeiter Schulter an Schulter gekämpft. Die gemeinsame Not, die Unterdröckung zwang sie dazu. Nun die gefristete Freiheit erreicht ist, die Vorbedingung für den weiteren Aufstieg, glauben manche, die Einigkeit nicht mehr notwendig zu haben. Fanatische Brauseköpfe schreien über Verrat, weil nicht mit einem Schlage der Kapitalismus durch den Sozialismus ersetzt ist. Sie verstehen das Wort „Entwicklung“ nicht mehr und wollen glauben machen, die Durchführung des Sozialismus sei durch Diktatur zu erreichen. Wie konnten solche Begriffsverwirrungen auskommen? — Die Enttäuschten glauben, so wie am 9. November der alte monarchische Militarstaat zusammengebrochen, und durch die soziale Republik abgelöst ist, so müßte mit einem Schlage die kapitalistische durch die sozialistische Wirtschaftswelt ersetzt sein. Daß das eine Unmöglichkeit ist, sieht ohne Zweifel fest. Wer von der Revolution die sofortige Verwirklichung des sozialistischen Ideals erhoffte, mußte allerdings bitter enttäuscht werden, denn sie vollzieht sich anders wie manche Schwärmer wünschen. Für die Praktischen Lenin und Lovince bedankt sich die Welt.

Die Arbeiter haben nicht zu wählen zwischen Endendorff und Spartakus, wie Kollege Stupin meint, sondern zwischen Sozialismus und Putschismus. Heinrich Diez.

Aus Unternehmerrreisen.

Ein Handwerkerbund für Nordwestdeutschland zur Abwehr der Sozialisierung des Handwerks. Die Handwerkerkammern Altona, Braunschweig, Flensburg, Hannover, Harburg, Hildesheim, Städtagen, die Gewerbestämmern Bremen, Hamburg, Albed; der Handwerkerbund des Freistaates Braunschweig; der Nordwestdeutsche Handwerkerbund, die Hannover und der Bund der Innungen und sachgewerkschaftlichen Vereine, die Hamburg, erlassen einen Aufruf zur Gründung eines Nordwestdeutschen Handwerkerbundes zur Abwehr der Sozialisierung oder Kommunalisierung des Handwerks, zur Erhaltung der Organisationen des Handwerks in Kammern und Innungen sowie der gesetzlichen Rechte der Meister und Gesellen des Handwerks. Die Gründungsversammlung soll demnächst stattfinden. — Den notwendigen Entwicklungsgang auch in den Handwerksbetrieben werden keinerlei künstliche Maßnahmen mehr aufhalten können.

Baugewerbliches.

Lehrkolonien für sparsame Bauweise. Das bayerische Ministerium für soziale Fürsorge, Abt. für Wohnungswesen, hat die Errichtung mehrerer Lehrkolonien für sparsame Bauweise eingeleitet, so in München, Nürnberg und Aschaffenburg. Bei jeder Kolonie werden mehrere Gebäude in ganz gleicher Größe mit demselben Kubikmeter bewohnbaren Raum, mit gleichen Fenster- und Türgrößen nach ein und derselben Himmelsrichtung erbaut, und zwar in verschiedenen Systemen, wie Lehmstempfbau, Lehmziegelbau, Schlackenbeton, Schlackenbetonsteinbau und Holzbau. In diesen Bauten wird durch genaue Aufzeichnung festgestellt, wie hoch sich die Kosten jeder einzelnen Bauweise stellen, die Beanspruchung der Arbeitszeit, die Zahl der benötigten gelernten und ungelernten Arbeiter, der Verbrauch der mit Kohlen erzeugten Baustoffe, die Wärmehaltung, Wohnlichkeit und Wirtschaftlichkeit des Hauses, so daß sich innerhalb kurzer Zeit ein genaues Bild ergibt, welche Bauweisen den Erfordernissen der Zeit am besten Rechnung tragen. Auch werden Handwerker bei diesen Bauten mit den neuen oder den in Vergessenheit geratenen alten Techniken vertraut gemacht und herangebildet. Die Gebäude bleiben dauernd stehen und werden bewohnt, wobei die Urteile der Bewohner über die Wohnbarkeit besondere Beachtung finden. Daß diese Bauten in ihrer ganzen Anlage von der Projektierung bis zur Ausführung nach dem Grundprinzip der sparsamen Bauweise aufgebaut werden, ist selbstverständlich; infolgedessen werden auch Neuerungen und Vereinfachungen von Bauteilen angebracht und auf ihre Brauchbarkeit geprüft. Vorschläge hierzu aus den Fachkreisen sind im Ministerium für soziale Fürsorge willkommen.

Auch der Staatskommissar für das Wohnungswesen, Scheidt, regt Lehrkurse für Lehmbauweisen in der Nähe beabsichtigter Siedlungen und unter Leitung kundiger Fachleute an, wodurch eine Erneuerung der alten technischen Ueberlieferung bewirkt werden soll. Für die Veranstaltung solcher Unterweisungskurse kommen in erster Linie die provinziellen Siedlungsgesellschaften in Betracht. Zur Teilnahme an der Ausbildung sollten neben den Staats-, Kreis- und Kommunalbaubeamten vor allem die technischen Berater der Bauvereinigungen, die größeren Baufirmen und einzelne Unternehmer aufgefordert werden. Wir verweisen auch auf die neueste, von der „S. im Kulturrat, Wiesbaden, herausgegebene auffällende Schrift: „Der Heimatsscholle Nährkraft ist Deutschlands Zukunft“. Wie die Förderung der ländlichen

Wirtschafts- und Gartenbau unsere Volkswirtschaft und Ernährung sichern können...

Gewerkschaftliches.

Deutsche Arbeiter zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Die Schäden, die der Krieg in Belgien und Frankreich angerichtet hat...

Es ist, wie zutreffend das 'Bremer Volksblatt' zu dieser Aktion schreibt, ein neuer Krieg, den diesmal fast ausschließlich die deutsche Arbeiterklasse zu führen hat...

Arbeiterversicherung.

Sind bei einer Abtrennung bisher deutschen Gebiets vom Reich die Lebensversicherungsverträge gefährdet? Angesichts des Versailler Friedens, der eine Lösung weiter...

Den Versicherungsnehmern kann daher nicht dringend genug geraten werden, ihre Prämien und Beiträge in der bisherigen Weise weiterzahlen...

Sozialpolitisches.

Abbau der Zwangswirtschaft im Auslands-Handel. Zwischen dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und den Zentralinstanzen der Konsumgenossenschaften...

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Zentralverband deutscher Konsumvereine und die Großhändlergesellschaft deutscher Konsumvereine...

Für die Einfuhr der genannten Waren fordert der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund die weitestgehende Einschaltung der genossenschaftlichen Organisationen...

Die Freigabe der Einfuhr bedingt bis auf weiteres eine planmäßige Kontrolle. Das gilt auch hinsichtlich der Ausfuhr.

Vom Ausland.

Unser österreichischer Bruderverband ruft in seinem Fachorgan 'Der Debatteur' den gezwungen aus seinen Reihen scheidenden deutschen Kollegen nachstehende Abschiedsworte zu:

Der schändliche Gewaltfriede, den uns der Kapitalismus der Entente aufzwingt, hat auch auf unsere Organisation eine tief einschneidende Wirkung ausgeübt. Durch die Einverleibung Deutschböhmens und der Sudetenländer...

Das Scheiden von unsren deutschböhmisches Kollegen schmerzt uns um so tiefer, als der Abschied sich gerade in einer Zeit vollzieht, wo wir Deutschösterreicher so recht tief empfinden, daß wir eigentlich ganz vereinsamt in der Welt dastehen.

dann auch wieder zusammenführen wird zu einer geschlossenen Frontlinie. Wir nehmen heute Abschied, aber nicht für immer.

Literarisches.

'Die Glode' - Herausgeber: Parvus - Schriftleiter: Konrad Gaensch - kostet pro Nummer 50 Pf. im Abonnement vierteljährlich M. 6.

Zentralverband der Lederarbeiter Deutschlands. Jahresbericht des Zentralverbandes für das Jahr 1918. Mit Gesamtübersicht für die 6 Kriegsjahre 1914/1918.

Vereinstell.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen:

Table with columns: Name, Buch-Nr., Betrag bis zur, Ort. Lists names like Jüch, Ernst and amounts.

Sterbetafel.

Berlin. Am 10. Juli starb der Kollege Bruno Demuth, Lektor, im Alter von 80 Jahren. Am 14. Juli starb der Kollege Ernst Dalus, geboren am 14. Juli 1861 in Schwedt a. d. O.

Vom 3. bis 9. August ist die 32. Beitragswoche.

Advertisement for 'Anzeigen' (ads) and 'Malerschule Buxtehude' (painting school) with contact information and a small illustration of a person.